

**Das gemeinsame
Wahlprogramm
der *CDU*
und *CSU* 1976**

Das
gemeinsame
Wahlprogramm
der **CDU**
und **CSU** 1976

Herausgeber:

CSU-Landesleitung, Ref. Öffentlichkeitsarbeit

Lazarettstraße 33, 8000 München 19

Verantwortlich: Manfred Baumgärtel

Druck: Fritz König, Schellingstr. 44, 8000 München 40

München, Juni 1976

Bei dieser Wahl geht es um das Schicksal Deutschlands und Europas. Jeder Bürger muß sich dieser grundsätzlichen Entscheidung bewußt sein.

Unter der Führung der Union haben wir alle ein blühendes Gemeinwesen aufgebaut. Wir sind zur stärksten Wirtschaftsmacht Europas geworden. Wir haben die am besten ausgebaute Sozialorganisation der Welt entwickelt. Wir stehen im Welthandel an zweiter Stelle.

Wir alle waren stolz darauf. Freiheit, Sicherheit, Wohlstand für alle, Vollbeschäftigung, Preisstabilität, Wachstum und solide Finanzen waren selbstverständlich.

Heute stehen wir vor der Wahl:

- ☐ unser gemeinsames Werk neu zu begründen und weiterzuführen oder
- ☐ noch mehr als bisher das Erreichte durch sozialistische Experimente und bürokratische Gängelung zu gefährden.

Auf der Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität garantiert die Union den freiheitlichen und sozialen Weg in eine sichere Zukunft. Die Union ist die freiheitliche Alternative in Deutschland. Die Union kämpft für die Selbstverwirklichung des Menschen, für die gerechte, solidarische Gesellschaft, für den beständigen Fortschritt in eine sichere Zukunft.

Durch die Politik der SPD/FDP ist unser Land in eine Sackgasse geraten. Die SPD hat den Anbruch eines goldenen Zeitalters versprochen. In gutem Glauben haben ihr viele Wähler Vertrauen geschenkt. Die Koalition hat unerfüllbare Hoffnungen geweckt und unsere Mitbürger enttäuscht. Ihre Reformpolitik ist gescheitert. Die FDP kann ihre Mitschuld nicht leugnen; sie hat die SPD-Politik nicht verhindert, sondern erst ermöglicht.

Die Freiheit der Menschen wird immer mehr durch bürokratische Bevormundung eingeengt. Wirtschaftlicher Wohlstand und soziale Sicherheit werden leichtfertig aufs Spiel gesetzt. Die Hoffnungen junger Menschen auf Ausbildung, Arbeit und Beruf werden enttäuscht. Nicht die Wirtschaftsordnung hat versagt, sondern die Politik von SPD und FDP. Sie haben gemeinsam die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft erschüttert. Hektische Geschäftigkeit ohne Ausblick auf die Zukunft und ziellose Reformerei ohne Wirklichkeitssinn werden unser Land immer weiter in die Krise treiben. Das Mißtrauen gegen diese unsolide Politik wächst von Tag zu Tag.

Es ist Zeit für die Wende in der deutschen Politik! Die Union weist den Weg in eine sichere, soziale und freie Zukunft. Laßt uns einen neuen Anfang machen! Laßt uns zurückkehren zu einer an der Erfahrung und Wirklichkeit ausgerichteten Politik für die Zukunft!

Erfahrung und Festigkeit, Tatkraft und Besonnenheit der Union sichern den Aufbruch in eine neue und solide Politik mit erreichbaren und klaren Zielen. Das erfordert von uns allen Kraft und Entschlossenheit, Augenmaß und Mut, aber auch Leistung und Anstrengung. Wir versprechen nicht allen alles. Aber wir halten, was wir versprechen. Und wir sagen, daß das Versprochene nur durch Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft, nur nach Sicherung eines dauerhaften Wachstums, eines hohen Beschäftigungsstandes und geordneter öffentlicher Finanzen erfüllt werden kann.

Die Bürger unseres Landes sind fleißig und leistungswillig, hilfsbereit und ideenreich. Sie begründen unsere Hoffnung auf eine gute Zukunft. Unser Land hat eine bessere Politik verdient: Es verlangt endlich politische Führung.

Die Union wird deshalb uneingeschränkt und nachdrücklich eintreten

- ☐ für ein freies und gleichberechtigtes Deutschland in einem freien, politisch geeinten und sozial gerechten Europa;
- ☐ gegen ein sozialistisch geprägtes Deutschland in einem von Volksfronten bedrohten Europa;
- ☐ für einen demokratischen Staat und eine freie und offene, gerechte und solidarische Gesellschaft, für die innere und äußere Sicherheit des Staates und die persönliche und soziale Sicherheit der Bürger;
- ☐ gegen eine von Funktionären und Bürokraten gesteuerte Gesellschaft; gegen die Verharmlosung von Verfassungsfeinden, von politischem Radikalismus, Terror und Gewalt;
- ☐ für eine Schul- und Bildungspolitik, die der jungen Generation ihre Zukunftschancen sichert;
- ☐ gegen gefährliche Experimente und sozialistische Schulung auf Kosten unserer Kinder, ihrer Eltern und unser aller Zukunft;
- ☐ für einen dauerhaften Aufschwung und soziale Sicherheit durch konsequente Politik der Sozialen Marktwirtschaft;
- ☐ gegen sozialistische Experimente in der Wirtschaft, die Inflation und Arbeitslosigkeit gebracht haben.

Wir wollen Frieden, Freiheit und Sicherheit für Deutschland, Europa und die Welt

Entschlossener Friedenswille ist die Grundlage unserer Außenpolitik. Wir wollen die Zusammenarbeit mit allen Völkern. Wir werden unsere Interessen entschieden vertreten. Wir werden uns auf neue Aufgaben einstellen, ohne unsere Ziele und Grundsätze preiszugeben. Wir werden keinem militärischen Druck weichen und alle ideologischen Angriffe entschlossen abwehren. Wir fordern niemanden heraus, aber wir werden jeder Herausforderung begegnen. Wir wollen Ausgleich und die Verständigung auch mit den Völkern Osteuropas. Das Fundament unserer Außenpolitik bleibt das Bündnis mit dem Westen.

Wir wollen das Selbstbestimmungsrecht des Deutschen Volkes, die Freiheit seiner Bürger und die Sicherheit unseres Landes durch eine Politik verwirklichen, die auf ein freies und geeintes Europa gerichtet ist: Wir wollen ein politisch freies, sozial gerechtes und wirtschaftlich blühendes Europa. Nur ein vereintes Europa kann Herr seines politischen Schicksals bleiben. Im weltpolitischen Gleichgewicht erfüllt Europa seine friedenssichernde Aufgabe.

Europa ist für uns mehr als eine geographische Größe. Europa ist Inbegriff einer freiheitlichen und humanen Lebensform.

Wir wollen die freie, gerechte und solidarische Gemeinschaft

Jeder soll sich frei entfalten, wie es seinen Fähigkeiten entspricht. Wir wollen das Glück der Menschen, nicht die Zwangsbeglückung durch den Staat. Nur im geordneten sozialen Gemeinwesen kann sich der einzelne frei entfalten. Ein Staat, der allen alles andient, dient in Wirklichkeit niemandem. Wir wollen keinen Staat der Funktionäre und Bürokraten, sondern eine lebendige Republik freier Bürger.

Staat und Gemeinschaft dürfen nicht zulassen, daß die Stimmen der Schwachen und Hilfesuchenden vom Chor der mächtigen Gruppen übertönt werden.

Die Soziale Marktwirtschaft hat wichtige soziale Fragen beispielhaft gelöst. Die unsoziale Politik der letzten Jahre hat zusätzlich andere soziale Probleme aufgeworfen und verschärft. Neue Soziale Fragen, ausgelöst durch die Inflationspolitik der SPD/FDP-Koalition, drängen auf Antwort. Dazu gehören die strukturelle Arbeitslosigkeit sowie die Verluste, die durch inflatorische Umverteilung entstanden sind.

Die neue Politik der Union wird den Alten und Behinderten, den Familien mit mehreren Kindern und den innerhalb und außerhalb der Familie berufstätigen Frauen endlich die Hilfe geben, die sie für ein erfülltes Leben brauchen.

Wir wollen eine sichere Zukunft für die Menschen in unserem Land

Die Schul- und Bildungspolitik der SPD/FDP ist gescheitert. Die Koalition hat Schulen und Hochschulen als ideologisches Experimentierfeld mißbraucht – auf Kosten der Eltern, der Schüler und unserer gemeinsamen Zukunft.

Wir werden den Jugendlichen die bittere Erfahrung ersparen, daß sie an der Schwelle zum Berufsleben auf eine Gesellschaft der vergebenen Plätze und der vertanen Chancen stoßen. Diese in ihren Hoffnungen enttäuschte Generation darf nicht in Anpassung und Mutlosigkeit verfallen. Wir brauchen junge Menschen, die wach, kritisch und solidarisch zur Gemeinschaft stehen und ihr frischen Ansporn geben.

Die Traditionen unserer deutschen Geschichte sind lebendiges Unterpfand für eine kraftvolle Erneuerung. Ein Volk, das seine Geschichte vergißt, hat auch keine Zukunft. Wir müssen unsere gemeinsamen Werte zu neuem Leben erwecken, und dazu gehören Bekenntnis zur Geschichte und Liebe zum Vaterland. Groß sind die Gefahren und Herausforderungen unserer Zeit, größer jedoch die Chancen entschlossenen und gemeinsamen Handelns.

Wir wollen die wirtschaftliche und soziale Sicherheit aller durch einen dauerhaften Aufschwung unserer Wirtschaft

Mit der Sozialen Marktwirtschaft hat die Union Kapitalismus und Sozialismus überwunden. Gemeinsam haben wir ein hohes Maß an sozialer Gerechtigkeit in unserem Lande errungen. Durch unsere Rentenpolitik, den Lastenausgleich und unsere Eigentumspolitik haben wir das soziale Netz eng geknüpft. Wir alle haben die Erfahrung gemacht: Wirtschaftliche Sicherheit schafft soziale Sicherheit; soziale Sicherheit schafft persönliche Freiheit. Mit einem dauerhaften Wiederaufschwung legen wir dafür die wirtschaftliche Grundlage.

Nur die Union gewährleistet durch ihre konsequente Politik der Sozialen Marktwirtschaft die Erhaltung der sozialen Sicherheit. Demokratischer Rechtsstaat, parlamentarische Demokratie und Soziale Marktwirtschaft bilden ein unauflösliches Ganzes. Soziale Marktwirtschaft bedeutet:

- ☐ Freiheit der Wahl des Arbeitsplatzes
- ☐ Freiheit der Entscheidung über den persönlichen Verbrauch
- ☐ Freiheit des privaten Eigentums an Produktionsmitteln
- ☐ Freiheit der unternehmerischen Investitionsentscheidung.

Die Union gibt auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft eine Sozialgarantie. Wir haben in zwanzig Regierungsjahren die soziale Sicherheit in unserem Lande begründet. Wir werden das Erreichte bewahren und ausbauen.

In der freien, gerechten und solidarischen Gemeinschaft, wie wir sie wollen, erfüllt materieller Wohlstand keinen Selbstzweck. Der Sozialen Marktwirtschaft ist es in bisher einzigartiger Weise gelungen, soziale Sicherheit, persönliche Freiheit und wirtschaftliche Dynamik miteinander zu verbinden. Die Soziale Marktwirtschaft ist Antriebskraft des Fortschritts, Mittel zur Selbstentfaltung und Anreiz zur Überwindung der geistigen Krise. Unsere Mitbürger warten darauf, ihre Fähigkeiten und Kenntnisse zu ihrem und dem Gemeinwohl einzusetzen.

Unsere sozial verpflichtete Wirtschaftspolitik bietet ihnen neue Chancen. Mit der Union haben die Deutschen den Wiederaufbau geschafft. Mit der Union wird auch der Wiederaufschwung gelingen.

Wir werden dem Volk wieder die Wahrheit sagen: Wir werden ihm die Opfer und Anstrengungen nennen, die notwendig sind, das verlorene Gleichgewicht zurückzugewinnen und neue Ziele verwirklichen zu können.

Gemeinsam wagen wir den Aufbruch in eine sichere,
soziale und freie Zukunft!

Die Union steht für die Freiheit, die wir lieben, die
Sicherheit, die wir brauchen, die Zukunft, die wir
wollen.

Wir wollen Frieden, Freiheit und Sicherheit für Deutschland, Europa und die Welt

Wir kämpfen für ein freies und geeintes Europa, in dem die deutsche Nation ihre Einheit wiedererlangen kann. Die Einigung Europas ist eine wichtige Voraussetzung für unsere Sicherheit und unsere eigene nationale Handlungsfähigkeit.

1. Deutschland ist geteilt. Millionen von Deutschen wird noch immer die Freiheit verweigert. Dieser Zustand bedrückt uns täglich aufs neue.

Wir wollen Freiheit und Einheit für das ganze deutsche Volk. Die Bundesrepublik Deutschland mit West-Berlin ist als freier Teil Deutschlands Treuhänder der Selbstbestimmung, einer freiheitlichen Verfassung sowie der menschlichen und politischen Grundrechte für alle Deutschen. Deshalb muß die deutsche Frage rechtlich und politisch offen gehalten werden. Unsere Deutschland- und Europapolitik hat die gemeinsame Entschliebung des Deutschen Bundestages vom Mai 1972 und die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts aus den Jahren 1973 und 1975 zur Grundlage. Um die Einheit der Nation zu erhalten, unterstützen und fördern wir die Begegnung der Menschen in Deutschland und die Bewahrung aller geistigen, kulturellen und historischen Gemeinsamkeiten.

Wir werden Vereinbarungen anstreben, die uns diesen Zielen näherbringen. Wir werden aber auch konsequent für den Abbau von Mauer, Schießbefehl und Gewalt an der innerdeutschen Grenze eintreten sowie auf die Verwirklichung eines freieren Austauschs von Menschen, Informationen und Meinungen drängen, wie es in der Schlußakte der Konferenz von Helsinki vereinbart wurde.

Ziel unserer Deutschlandpolitik und unserer Europapolitik ist die Freiheit aller Europäer. Sie umfaßt die freie Selbstbestimmung auch des deutschen Volkes über seine Einheit. Die Verwirklichung dieses Rechts ist bei uns, wie überall in der Welt, wesentliche Voraussetzung für die Sicherung des Friedens.

Wir wollen mit friedlichen Mitteln die Teilung unseres Vaterlandes überwinden. Dabei verkennen wir nicht die realen Machtverhältnisse. Aber zur Macht der Tatsachen zählen nicht nur die Politik der Regierungen und die Stärke der Waffen, sondern auch der Wille des deutschen Volkes zur Einheit der Nation, die Idee der Freiheit und die Kraft des Rechtes.

Berlin ist und bleibt Prüfstein dieses Willens. Im Zusammenwirken mit den drei alliierten Schutzmächten ist es die Aufgabe der Bundesrepublik Deutschland, die Lebensfähigkeit des freien Berlin zu gewährleisten und zu stärken. Die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte für Deutschland und Berlin als Ganzes dauern fort.

2. Unser Ziel ist ein geeintes Europa freier Menschen. Nur ein vereintes Europa kann Herr seines politischen Schicksals bleiben.

Nur ein vereintes Europa kann in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit den USA den Weltfrieden und die Freiheit sichern.

Wir wollen einen europäischen Bundesstaat mit demokratischer Verfassung, ein Europa mit einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, ein wirtschaftlich leistungsfähiges und sozial gerechtes Europa, ein Europa im sicheren Schutz des Atlantischen Bündnisses. Zur Sicherung der Freiheit Europas setzen wir uns ein für die europaweite Zusammenarbeit aller freiheitlichen politischen Kräfte gegen die Herausforderung von Kommunisten und Sozialisten.

Um die demokratische Ordnung in den freien Staaten Europas zu bewahren, zu stärken und zu sichern, sind wir zu großen Anstrengungen bereit. Wir sind willens, einen Teil unserer Wirtschaftskraft für dieses Ziel einzusetzen. Weitere wirtschaftliche Leistungen der Bundesrepublik, die zur politischen Handlungsfähigkeit Europas beitragen, haben Vorrang vor Leistungen gegenüber anderen Teilen der Welt, einschließlich der Länder des Ostblocks. Wir wehren uns gegen eine Politik, die durch großzügige Kreditgewährung die kommunistische Planwirtschaft stützt und die Aufrüstung der Warschauer-Pakt-Staaten gegen das freie Europa beschleunigt.

Wir wollen die Europäische Gemeinschaft festigen und ausbauen. Wir halten es deshalb für geboten,

- ☐ eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu entwickeln;
- ☐ die Wirtschafts- und Währungsunion zu vollenden;
- ☐ die Handlungsfähigkeit der europäischen Institutionen zu verbessern;
- ☐ das Europäische Parlament im Jahre 1978 direkt zu wählen und ihm echte parlamentarische Rechte zu übertragen.

Wir wollen durch unsere Außen- und Sicherheitspolitik eine freiheitliche, wirtschaftlich gesunde und sozial gerechte Gesellschaft auf Dauer gewährleisten.

1. Unser Wille zum Frieden in Freiheit und zur Verständigung mit allen Völkern ist Grundlage unserer Außenpolitik. Wir stehen auf der Seite aller Völker, die sich zu Freiheit und Selbstbestimmung bekennen. Wir sind bereit zur Zusammenarbeit mit allen Staaten, um den Frieden zu sichern und Not und Armut in der Welt zu überwinden.

Die Bundesrepublik Deutschland muß als stärkste Wirtschaftskraft der Europäischen Gemeinschaft und als ein führendes Land im Welthandel besonderes Gewicht auf ihre außenwirtschaftlichen Beziehungen legen. Wir werden diese Beziehungen im Zeichen internationaler Verantwortung wahrnehmen und ausbauen.

Herausragende Bedeutung hat die Zusammenarbeit mit unseren atlantischen Partnern. Sie darf sich nicht in der Verteidigung unserer Freiheit erschöpfen. Zusammen mit unseren Partnern werden wir den Herausforderungen begegnen, die aus dem raschen Wandel und den ständig wachsenden Abhängigkeiten in der Welt herrühren. Neben den verteidigungspolitischen Anstrengungen muß vor allem die außen- und wirtschaftspolitische Zusammenarbeit verstärkt werden.

2. Aufgabe der Außenpolitik ist es, die eigenen Interessen wirkungsvoll zu vertreten. Das ist nur möglich, wenn wir auch die Anliegen anderer Völker beachten. Wir dienen daher unseren nationalen Interessen am besten, wenn wir internationale Mitverantwortung wahrnehmen.

Mit unserer Entwicklungspolitik verfolgen wir ein doppeltes Ziel. Wir wollen zum wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt der Entwicklungsländer beitragen und dadurch deren Chance verbessern, ihre Probleme in Zukunft selbst meistern zu können. Zugleich wollen wir jedoch durch die Partnerschaft mit den Entwicklungsländern auch zur Sicherung unserer eigenen Existenz beitragen. Wir werden bei der Neugestaltung der Weltwirtschaftsordnung mitwirken. Dabei wollen wir durchsetzen, daß die Grundsätze des freien Welt Handels bestehen bleiben und weiter ausgebaut werden.

Im Rahmen der Entwicklungshilfe haben solche Länder Vorrang, die uns oder der Europäischen Gemeinschaft politisch oder wirtschaftlich besonders verbunden sind. Bei weiter fortgeschrittenen Entwicklungsländern soll an die Stelle der Hilfe weitgehend die wirtschaftliche Zusammenarbeit in jeder geeigneten Form treten.

Mit unseren Partnern für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit

Für die Sicherheit unseres Vaterlandes

3. Wir wollen Verständigung mit allen Völkern, auch mit den Völkern Osteuropas und der Sowjetunion.

Bei Vereinbarungen mit den mittel- und osteuropäischen Staaten müssen Leistung und Gegenleistung in ein angemessenes Verhältnis gebracht werden.

Unsere Ost- und Deutschlandpolitik darf deshalb nicht länger eine Einbahnstraße für politische und finanzielle Leistungen der Bundesrepublik Deutschland bleiben. Sie muß von einer nüchternen Einschätzung der weltpolitischen Ziele kommunistischer Politik und der wirklichen Absichten der Ostblock-Staaten ausgehen. Sie muß den Menschen in diesen Ländern dienen, vor allem den Deutschen, denen die elementaren Freiheitsrechte noch immer vorenthalten werden.

Eine Ost- und Deutschlandpolitik, die bestehende Gegensätze verschleiert, eigene Überzeugungen verleugnet und Wandel durch Annäherung anstrebt, dient nicht dem Frieden. Unsere Politik beruht auf der Kraft unseres freiheitlichen Gemeinwesens und der Entschlossenheit, die Bundesrepublik Deutschland vor jeder Einmischung und jedem Angriff zu schützen.

Unser Ziel heißt: den Frieden erhalten, die Freiheit unseres Volkes sichern und die demokratische Ordnung unseres sozialen Rechtsstaates schützen. Grundpfeiler unserer Sicherheit sind die eigene Verteidigungsbereitschaft und eine stabile Bündnispolitik.

1. Frieden und Freiheit müssen wir gegen jede militärische und ideologische Bedrohung sichern. Die Bundesrepublik Deutschland und das freie Europa können ihre Sicherheit und Unabhängigkeit nur im Bündnis mit den Vereinigten Staaten von Amerika verteidigen. Deshalb muß das Atlantische Bündnis weiter gefestigt und ausgebaut werden. Die freien Staaten Europas müssen militärisch enger zusammenarbeiten.

Wir verurteilen Gewalt oder Drohung mit Gewalt als Mittel der Politik.

Wir sind nach wie vor zu einer kontrollierten Abrüstung und zu kontrollierbaren Rüstungsbegrenzungen auf Gegenseitigkeit bereit. Der zunehmenden militärischen Bedrohung durch die Staaten des Warschauer Paktes müssen wir durch die Stärkung unserer Verteidigungskraft begegnen. Wir werden deshalb die Verteidigungsausgaben den sicherheitspolitischen Erfordernissen anpassen.

2. Die Verteidigung unseres Vaterlandes ist Sache des ganzen Volkes. Wir bauen auf die Bereitschaft der Bürger, jede Bedrohung abzuwehren und unsere freiheit-

liche, soziale und demokratische Staats- und Gesellschaftsordnung zu verteidigen. Die Bundesrepublik Deutschland gewährleistet ihre Sicherheit durch Mitgliedschaft und Mitarbeit im Atlantischen Bündnis.

Die Bundeswehr hat den grundgesetzlichen Auftrag, die Bundesrepublik Deutschland militärisch zu schützen. Sie hat den Frieden durch glaubwürdige militärische Abschreckung zu sichern und unser Land im Kriegsfall zu verteidigen. Voraussetzung für die Erfüllung dieses Auftrages ist die allgemeine Wehrpflicht. Dabei werden wir mehr Wehrgerechtigkeit verwirklichen. Die Gemeinschaft muß die besonderen Lasten ausgleichen, die der in der Bundeswehr Dienende auf sich nimmt.

Wir wollen die freie, gerechte und solidarische Gemeinschaft

Für einen freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaat

Um unser demokratisches Gemeinwesen zu sichern und auszubauen, brauchen wir einen freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaat, der seine Aufgaben kraftvoll erfüllt.

1. Der Staat muß sich auf die Aufgaben beschränken, die der einzelne oder die gesellschaftlichen Einrichtungen nicht allein erfüllen können. Die Selbstbeschränkung des Staates stärkt seine Handlungsfähigkeit und erweitert die Freiheit der Menschen. Manche Aufgaben, die heute die öffentliche Verwaltung ausführt, können nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen besser und billiger erfüllt werden. Die Arbeit der freien Träger ist nachhaltig zu unterstützen.

2. Die öffentliche Verwaltung muß sich fortwährend ihren veränderten Aufgaben und den Bedürfnissen der Bürger anpassen. Nur so kann sie auf Dauer leistungsfähig bleiben. Verwaltungs- und Planungsentscheidungen müssen möglichst bürgernah getroffen werden. Die Belange des Bürgers dürfen nicht angeblichen Zwängen bürokratischer Organisation geopfert werden. Die Bürgernähe des Staates ist eine wesentliche Voraussetzung für ein lebendiges und kraftvolles demokratisches Gemeinwesen.

3. Öffentliche Verwaltung erfahren die Bürger vor allem im kommunalen Bereich. Deshalb müssen wir im Interesse der Bürger den Handlungsspielraum und die Gestaltungsfreiheit der kommunalen Selbstverwaltung erhalten, d. h., auch die Gemeinden finanziell ausreichend ausstatten.

4. Wir werden das öffentliche Dienstrecht auf der Grundlage eines modernen Beamtenrechts fortentwickeln und vereinfachen. Sachkunde und Leistungsbereitschaft des öffentlichen Dienstes sind die Tragpfeiler einer wirksamen öffentlichen Verwaltung. Persönliche Eignung und Leistung, nicht das Parteibuch, müssen daher entscheidender Maßstab für Einstellung und berufliches Fortkommen im öffentlichen Dienst sein.

5. Der demokratische Staat muß sich auf seine Bediensteten verlassen können. Dazu bedarf es ihrer Bereitschaft zur Pflichterfüllung, der Achtung der Gesetze und der Treue zur Verfassung.

Der freiheitliche Staat muß sich gegen seine Feinde verteidigen, um die Freiheit seiner Bürger zu schützen. Feinde unserer freiheitlichen und demokratischen Grundordnung können nicht dem Staat dienen, den sie bekämpfen, und dürfen daher nicht zum öffentlichen Dienst zugelassen werden.

Der Staat muß das Wohl der Gemeinschaft wahren und die Freiheit seiner Bürger verteidigen.

1. Recht sichert Freiheit. Wir werden dafür sorgen, daß unser Rechtsstaat wieder fähig wird, die Freiheit seiner Bürger zu schützen und ihre Sicherheit zu gewährleisten. Die Gemeinschaft muß vor Rechtsbrechern wirkungsvoll geschützt werden. Unser Rechtsstaat soll die Grundlagen für mehr soziale Gerechtigkeit und die Voraussetzungen für die gewaltlose Austragung von Konflikten schaffen.

2. Wir werden die Bürger unseres Landes mit allen rechtsstaatlichen Mitteln vor politischer Nötigung, vor Gewalt und Terror schützen. Das politische Klima der letzten Jahre, in dem Extremismus und Terrorismus gedeihen konnten, muß von Grund auf geändert werden. Für eine wirksamere Bekämpfung des Terrorismus werden wir die internationale Zusammenarbeit verstärken und die Strafverfolgung verbessern. Dazu gehört die Errichtung eines Europäischen Kriminalamtes für die Staaten der Europäischen Gemeinschaft.

3. Wir treten der steigenden Kriminalität entschlossen entgegen. Unsere Maßnahmen richten sich insbesondere gegen Gewaltverbrechen, kriminelles Bandenwesen, Straftaten an Kindern sowie alten und hilflosen Menschen, gegen Rauschgiftkriminalität und Wirtschaftskriminalität. Die Polizei, die ein schweres Amt zu erfüllen hat, muß auf die solidarische Unterstützung der politisch Verantwortlichen und aller Bürger bauen können.

4. Der Bürger in unserem demokratischen Gemeinwesen hat Anspruch auf verständliche und überschaubare Gesetze sowie auf den umfassenden Schutz seiner Rechte bei zumutbarem Aufwand an Zeit und Geld. Wir werden deshalb die Gesetzesflut eindämmen, die Gerichtsverfahren beschleunigen, die Rechtsberatung verbessern und die Unabhängigkeit der Rechtsprechung gewährleisten. Rechtsvorschriften müssen nicht nur inhaltlich überzeugend, sondern auch sprachlich verständlich sein. Wir werden unverzüglich durch eine Sachverständigenkommission des Bundes und der Länder Vorschläge für eine Vereinfachung der Gesetze machen.

Der Staat im Dienste des Bürgers

Der Gemeinschaft verpflichtet

In einer freien und solidarischen Gemeinschaft tragen die großen gesellschaftlichen Gruppen und die Medien besondere Verantwortung.

1. Die großen gesellschaftlichen Gruppen und Verbände sind unerläßliche, verfassungsrechtlich gesicherte Bestandteile unserer freien und offenen Gesellschaft. Sie müssen sich dem gesellschaftlichen Ganzen einordnen, weil sie dem Gemeinwohl verpflichtet sind. Die berechtigten Interessen des einzelnen müssen auch im Rahmen des Verbandes berücksichtigt werden.

2. Vielfalt und Offenheit von Presse, Funk und Fernsehen sind Grundpfeiler unserer freiheitlichen Demokratie. Die Unabhängigkeit und Ausgewogenheit der öffentlich-rechtlichen Medien muß gewahrt sein. Sie dürfen nicht zum Spielball politischer Parteien werden.

Wir achten den vorstaatlichen und staatsunabhängigen Auftrag der christlichen Kirchen und der anderen Religionsgemeinschaften. Wir werden ihre Unabhängigkeit schützen und ihre auch für Staat und Gesellschaft bedeutsame Arbeit erleichtern.

Der freie Bürger in einer solidarischen Gemeinschaft

Für die Union ist Politik Dienst am Menschen. Er soll sich entsprechend seinen natürlichen Möglichkeiten und Anlagen entfalten und seine persönlichen Lebensziele verwirklichen können.

1. Die gleichberechtigte Stellung der Frau erfüllt sich in Partnerschaft und gleicher Verantwortung in Familie, Beruf und Gesellschaft. Der Anspruch der Frau auf Chancengerechtigkeit in Ausbildung und Beruf sowie im öffentlichen Leben muß weiter verwirklicht werden. Das schließt bessere Aufstiegsmöglichkeiten und die gerechte Bewertung bei der Entlohnung ein. Staat und Gesellschaft müssen die Leistungen der Hausfrau und Mutter in der Familie wirtschaftlich und sozial anerkennen. Die Stellung der Hausfrau und Mutter ist derjenigen der erwerbstätigen Frau gleichwertig. Die Tätigkeiten der Frau in der Familie ist beruflicher Tätigkeit außerhalb der Familie gleichzusetzen.

2. Unsere älteren Mitbürger haben ein Recht darauf, ihr Leben unabhängig und nach eigenen Vorstellungen zu gestalten. Ihre eigenständige Lebensführung und Entscheidungsfreiheit müssen soweit wie möglich gesichert werden. Wir brauchen deshalb geeignete Wohnungen für ältere Menschen. Es ist unsere Pflicht, den älteren Bürgern, soweit erforderlich, beizustehen,

ohne sie gleich von ihren angestammten Lebensbereichen zu entfremden.

Die wirtschaftliche Sicherung älterer Menschen allein reicht jedoch häufig nicht aus. Viele von ihnen leiden unter einer erschreckenden Einsamkeit. Den älteren Menschen muß der Zugang zur Gemeinschaft aller erhalten bleiben.

3. Die behinderten Menschen brauchen in besonderer Weise die Solidarität der Gemeinschaft. Wir werden ihnen helfen, ihren Platz in der Gemeinschaft und im Erwerbsleben zu finden. Dies ist ein Gebot der Menschlichkeit. Praktische Maßnahmen sind Gewährung von Hilfe zur Selbsthilfe, ausreichende medizinische Versorgung, Schaffung angemessener Berufsmöglichkeiten und Berufsbildungshilfen. Den Familien darf die Belastung durch Behinderte nicht länger allein aufgebürdet werden.

4. Flüchtlinge, Vertriebene, Aussiedler und Kriegsoffer brauchen auch heute in vielen Fällen mehr als bloße wirtschaftliche Unterstützung. Sie haben in weit stärkerem Maße als die meisten von uns die Folgen des Krieges zu spüren bekommen. Es ist deshalb unsere solidarische Pflicht, ihnen die Eingewöhnung in eine neue Umgebung zu erleichtern. Das gilt vor allem für die jetzt zu uns kommenden Deutschen aus den Ostgebieten. Wir wollen sie als willkommene Mitbürger in unserem Lande aufnehmen.

Menschliche Lebensgestaltung setzt eine gesunde und menschengerechte Umwelt voraus. Sie zu schaffen ist Ziel unserer Umweltpolitik.

1. Durch eine gezielte Raumordnung werden wir gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land schaffen. Die übermäßige Zentralisierung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen werden wir verhindern.

2. Die Bürger sollen sich in unseren Städten wieder wohlfühlen. Sie sollen in ihnen zugleich wohnen, arbeiten und ihre Freizeit genießen können.

Ein wichtiger Beitrag dazu ist die Sanierung historischer Stadtkerne sowie die Erhaltung und Modernisierung von Altbauten. Um diese Aufgabe zu erfüllen, werden wir private Initiativen und die Tätigkeit freier Träger fördern.

Das Angebot von Wohnungen sowie Kultur- und Sportstätten muß dem Bedarf der Bürger entsprechen. Der Städte- und Wohnungsbau soll dem Bedürfnis der

Für eine menschengerechte Umwelt

Menschen nach Schönheit, Überschaubarkeit und Zusammenleben mehr als bisher entgegenkommen. Im sozialen Wohnungsbau werden wir dafür sorgen, daß für sozial Bedürftige wieder finanziell erschwingliche Wohnungen zur Verfügung gestellt werden.

3. Verkehr ermöglicht die Begegnung von Menschen und den Austausch von Gütern. Deshalb brauchen wir ein leistungsfähiges Verkehrsnetz in allen Teilen unseres Landes. Im städtischen Bereich müssen individuelle und öffentliche Verkehrsmöglichkeiten sinnvoll aufeinander abgestimmt werden. Der ländliche Raum darf durch Streckenstillegungen nicht vom Verkehrsfluß abgeschnitten werden.

4. Alle Bürger haben Anspruch auf eine gesunde Umwelt. Wir werden dafür sorgen, daß die Umwelt vor weiterer Zerstörung bewahrt bleibt und vorhandene Schäden soweit wie möglich behoben werden. Wer Umweltschäden verursacht, muß grundsätzlich die Kosten ihrer Beseitigung tragen. Umweltauflagen sollen die Arbeitsplätze nicht gefährden oder die Wirtschaft unzumutbar belasten.

Die Umwelt können wir nur dann wirksam schützen, wenn alle europäischen Staaten solidarisch zusammenarbeiten. Deshalb werden wir die internationale Zusammenarbeit verbessern.

Wir wollen eine sichere Zukunft für die Menschen in unserem Land

Wir gründen unsere Zukunft auf ein solides Fundament: zufriedene Familien, unbeschwerte Kinder und eine zuversichtliche Jugend.

1. Ehe und Familie sind die erste und wichtigste Gemeinschaft des Menschen. Wer die Familie benachteiligt, gefährdet die Gemeinschaft. Die Familie muß gesellschaftlich mehr anerkannt werden. Vor allem für die gesunde Entwicklung des Kindes ist die Familie unersetzlich. Gerade das Kleinkind benötigt die Geborgenheit des Elternhauses.

Zugleich streben wir an, die Leistungen für die Familie zu verbessern. Der gerechte Familienlastenausgleich ist sittliches Gebot. Wir wollen seine Struktur so verändern, daß er stärker als bisher die Eigenleistung der Familie anerkennt. Um ihn durchführen zu können, müssen wir die wirtschaftliche Stabilität wiederherstellen und die Staatsfinanzen sanieren.

Für Familien mit mehreren Kindern wollen wir besondere Hilfen bereitstellen. Kinderfreundlichkeit und eine kindgerechte Umwelt müssen in unserer Gesellschaft wieder selbstverständlich werden.

2. Die Jugend hat das Recht, unsere Gesellschaft verantwortlich mitzugestalten. Wir brauchen ihre Hilfe, wenn wir größere soziale Gerechtigkeit und mehr Menschlichkeit in unserem Lande verwirklichen wollen. Wir werden die außerschulische Jugendbildung und die Arbeit der Jugendverbände zielstrebig fördern.

Gegenwart und Zukunft sind ohne unser kulturelles und geschichtliches Erbe nicht zu meistern. Wir bewahren, was sich bewährt hat, und verändern, was verbessert werden kann.

1. Bildung vermittelt unser kulturelles und geschichtliches Erbe. Sie soll den Menschen befähigen, seinen beruflichen und gesellschaftlichen Aufgaben in der Familie und der Gemeinschaft gerecht zu werden, damit er seine Erfüllung und sein Lebensglück findet. Bildung soll insbesondere unsere Jugend darauf vorbereiten, als mündige Bürger in der demokratischen Gesellschaft frei und verantwortlich zu handeln sowie zur Lösung humaner und sozialer Probleme beizutragen. Bildung muß die Bereitschaft zu Menschlichkeit, Toleranz und Leistungsbereitschaft wecken. Chancengerechtigkeit in der Bildungspolitik bedeutet, nicht jedem den gleichen, sondern jedem seinen Weg zu eröffnen.

Grundlagen unserer Zukunft

Erbe und Auftrag

2. Wir setzen uns ein für die Erhaltung von Inhalt und Form der deutschen Sprache. Wir wenden uns gegen die Verfälschung ihrer Begriffe und Inhalte im Dienste revolutionärer Ideologien. Wir richten unser Augenmerk hier vor allem auf unsere Schullesebücher und den Deutschunterricht an unseren Schulen.

3. Die Kenntnis der Geschichte läßt uns Chancen und Grenzen menschlichen Handelns in der Gegenwart begreifen und schützt vor den Gefahren totalitärer Heilslehren. Verständnis für unsere Geschichte stärkt Verantwortungsbereitschaft und Toleranz. Für uns hat deshalb der Geschichtsunterricht in den Schulen besondere Bedeutung. Wir bekennen uns zu unserer Geschichte. Wir wollen neben den großen Leistungen im Leben unseres Volkes auch die dunklen Kapitel nicht aussparen. Wir werden die Schulbücher wieder von der einseitigen Beeinflussung durch sozialistische und marxistische Lehrinhalte befreien. Die junge Generation soll sich selbst ein Urteil bilden können, um endlich wieder ein ungebrochenes Verhältnis zu Deutschland zu bekommen. Dazu gehört auch die Kenntnis der Geschichte des deutschen Ostens.

4. Die Entfaltung künstlerischer und musischer Neigungen sowie das Verständnis für die Zeugnisse der Vergangenheit bereichern das Leben der Menschen. Wir wollen deshalb die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die schöpferischen Kräfte des einzelnen, sein Reichtum an Ideen und sein Sinn für Schönheit erschlossen werden. Kultur und Kunst haben hier eine große Aufgabe. Zur Förderung dieses kulturellen Lebens werden wir die Arbeitsbedingungen sowie die wirtschaftliche und soziale Lage der literarisch und künstlerisch Schaffenden wirksam verbessern.

5. Bewegung, Spiel und Sport tragen zur Entwicklung und Gesundheit des Menschen bei. Sie fördern das Erlebnis der Gemeinschaft. Wir werden den Sport als Breitensport im Sinne der Freizeitbeschäftigung und der Gesundheitsvorsorge, den Schulsport und den Leistungssport gleichermaßen fördern. Besondere Unterstützung verdient die vielfältige Arbeit der Sportvereine.

Jeder Mensch muß die Chance haben, im Leben den Platz einzunehmen, der seinen Begabungen und Fähigkeiten entspricht.

1. Wir wollen die humane Schule. Das Kind soll nach seiner Begabung und Leistungsfähigkeit gefördert und nicht überfordert werden. Die Kinder müssen die Anforderungen der Schule wieder ohne ständige elterliche Hilfe erfüllen können. Schule darf nicht nur Wissen vermitteln. Die Entfaltung praktischer Anlagen und Fähigkeiten des Kindes, seiner künstlerischen und musischen Begabungen sowie seiner sportlichen Neigungen muß ebenso zu ihrem Recht kommen. Diese Ziele lassen sich nur in einem vielfältig differenzierten Bildungs- und Ausbildungssystem verwirklichen. Die Schule soll wieder vom gegenseitigen Vertrauen zwischen Eltern, Lehrern und Schülern getragen werden. Wir lehnen eine Erziehung ab, die nur Konflikte und keine Gemeinsamkeiten schafft. Wir wenden uns gegen die Anwendung marxistischer Rahmenrichtlinien, die durch Ideologisierung die Freiheitlichkeit unseres Bildungswesens gefährden.

Die übermäßige Konzentration der bildungspolitischen Anstrengungen auf die Gymnasien und die einseitige Heraushebung der akademischen Ausbildung haben zu schweren Engpässen im Bildungswesen und zu Zulassungsbeschränkungen an den Hochschulen geführt.

Eine Schule, die echte Lebenschancen bieten soll, kann auf Leistung nicht verzichten. Die Leistungsanforderungen müssen jedoch die unterschiedlichen Fähigkeiten und Interessen der Schüler berücksichtigen. Ein leistungsorientiertes Bildungswesen muß den Schwächeren mehr fördern, den Starken mehr fordern. Der Einsatz des Stärkeren ermöglicht die Hilfe für den Schwächeren. So wird Leistung auch zum Ausdruck der Solidarität.

2. Allgemeine und berufliche Bildung sind gleichwertig. Um diesem Grundsatz gerecht zu werden, wollen wir die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe stärken und die Zusammenarbeit zwischen Betrieb und Berufsschule verbessern. Bei den meisten jungen Menschen entscheidet die berufliche Bildung über ihre Zukunftschancen. Wir werden deshalb für ein ausreichendes Angebot an qualifizierten Ausbildungsplätzen sorgen und die dazu erforderlichen finanziellen Anreize schaffen. Wegen der großen Zahl von Schulabgängern in den nächsten Jahren ist die Aufgabe besonders vordringlich.

3. Wir werden die Freiheit von Forschung und Lehre sichern, die Leistungsfähigkeit der Hochschulen ge-

Für jeden eine gerechte Chance

Für jeden eine sichere Zukunft

währleisten und durch eine Reform der Studiengänge für kürzere Studienzeiten sorgen. Zugleich werden wir dazu beitragen, daß sich die Hochschulen stärker an den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit orientieren und besser als bisher ausgelastet werden. Auf diese Weise werden wir die bestehenden Zugangsbeschränkungen mildern. Wir wollen den Hochschulzugang gerechter regeln.

Die Qualität unserer Hochschulen hat entscheidenden Einfluß auf den Ausbildungsstand der nächsten Generation sowie die wissenschaftliche, technische und wirtschaftliche Zukunft unseres Volkes. Die Bundesrepublik Deutschland – rohstoffarm, aber industriell hochentwickelt – ist mehr als andere Länder auf eine gute Ausbildung und auf eine leistungsfähige Forschung angewiesen. Die rasche Zunahme der Studentenzahlen und das damit verbundene übermäßige Wachstum der Universitäten haben die Einheit von Forschung und Lehre in Gefahr gebracht. Wir werden dieser Entwicklung entgegentreten und diejenigen, die in Forschung und Lehre mehr leisten als die große Mehrheit, ermutigen und fördern. Das gleiche gilt für Studenten, die während ihres Studiums besondere Leistungen erbringen.

4. Bei der Erwachsenenbildung müssen die beruflichen und allgemeinen Fortbildungsmöglichkeiten im Vordergrund stehen. Nur so kann der einzelne seine Fähigkeiten den ständig veränderten Anforderungen im beruflichen Leben anpassen.

Um ihre Zukunft zu sichern, brauchen junge Menschen Ausbildungs- und Arbeitsplätze.

1. Wichtigste Aufgabe ist, die bedrückende Jugendarbeitslosigkeit zu beseitigen. Durch unsere Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik werden wir dafür sorgen, daß für Berufsanfänger wieder genügend Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden. Wirtschaft und Staat müssen gemeinsam dazu beitragen, daß junge Menschen an der Schwelle zum Berufsleben nicht länger vor verschlossenen Türen stehen, gleichgültig, ob sie Berufsanfänger nach der Ausbildung sind, Abiturienten, Lehrlinge, Hauptschüler mit oder ohne Schulabschluß oder Sonderschüler

Wir werden uns bemühen, die Zahl der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluß zu vermindern und die Berufschancen der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluß durch gezielte Förderung zu verbessern.

Der wachsenden Gefahr der Arbeitslosigkeit von Akademikern werden wir durch die gründliche Beratung

von Schülern und Studenten über ihre beruflichen Möglichkeiten begegnen. Wir werden die Voraussetzungen dafür schaffen, daß Abiturienten vermehrt Ausbildungsgänge auch außerhalb der Hochschule, z. B. in Berufsakademien, einschlagen können.

2. Berufliche Bildung und Beschäftigungsmöglichkeiten müssen besser als bisher aufeinander abgestimmt werden. Für das berufliche Weiterkommen müssen Bildungsabschlüsse und praktische Bewährung im Beruf gleiche Bedeutung haben.

Bildung und Forschung sind Investitionen für unsere Zukunft.

1. Wir werden durch eine solide Wirtschafts- und Finanzpolitik dafür sorgen, daß für die Bildung ausreichende Mittel zur Verfügung stehen. Da die Zukunft unseres ganzen Volkes betroffen ist, ist es unvertretbar, bei der Bildung stärker zu sparen als in anderen Bereichen. Die Mittel im Bereich der Bildung müssen jedoch kostenbewußter und wirkungsvoller eingesetzt werden. Dies gilt besonders für die Hochschulen. Die Ausbildungs- und Arbeitsförderung darf in ihrer grundlegenden Bedeutung nicht angetastet werden.

2. Forschung und technische Entwicklung entscheiden über unsere Zukunft; sie sind wesentliche Voraussetzungen für den Bestand unserer Wirtschaftskraft. Wir werden sie so fördern, daß wir auch in Zukunft unsere weltweite Wettbewerbsfähigkeit erhalten und unseren Wohlstand sichern können. Wir wollen deshalb die staatliche Forschung ausbauen und die Forschung in der gewerblichen Wirtschaft unterstützen. In besonderem Maße werden wir die Grundlagenforschung in selbständigen Forschungseinrichtungen fördern. Was wir heute für Forschung und technische Entwicklung aufwenden, sichert morgen unseren Wohlstand.

3. Die langfristige Sicherung einer ausreichenden und kostengünstigen Versorgung mit Energie ist für die Zukunft unseres Landes von größter Bedeutung. Dabei können wir uns nicht ausschließlich auf ausländische Energiequellen verlassen. Unser Ziel ist deshalb die Minderung unserer Abhängigkeit vom Ausland durch sparsamen Energieverbrauch, die stärkere Nutzung des heimischen Energieträgers Kohle sowie die Entwicklung und der Einsatz neuer Energiequellen.

Investitionen für die Zukunft

Wir wollen die wirtschaftliche und soziale Sicherheit aller durch einen dauerhaften Aufschwung unserer Wirtschaft

Durch Soziale Marktwirtschaft zu einem dauerhaften Aufschwung

Dauerhafter wirtschaftlicher Aufschwung ist die Voraussetzung für die Wiedergewinnung unserer wirtschaftlichen und sozialen Sicherheit. Wirtschaftliche und soziale Sicherheit sind für die freie Entfaltung und Selbstverwirklichung des Menschen unverzichtbar.

Unser Ziel ist die Wiedererlangung von Vollbeschäftigung, Preisstabilität, soliden Staatsfinanzen und wirtschaftlichem Wachstum.

1. Wichtigste Voraussetzung für die Verwirklichung unseres Zieles ist die Wiederherstellung des Vertrauens der Bürger in eine konsequente Politik der Sozialen Marktwirtschaft. Mit der Sozialen Marktwirtschaft haben wir entscheidende Fortschritte erzielt. Hoher materieller Wohlstand wurde zusammen mit umfassender sozialer Sicherheit verwirklicht. In dieser Wirtschaftsordnung werden die Ergebnisse wirtschaftlicher Tätigkeit breiter genutzt und leistungsgerechter verteilt als in jedem anderen System. Die Soziale Marktwirtschaft fordert und anerkennt die persönliche Freiheit als Triebfeder wirtschaftlicher Leistung und sozialer Verantwortung. Sie fördert Selbstverantwortung und festigt das Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft.

2. Wir werden durch die konsequente Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes und durch eine entschiedene Wettbewerbspolitik wieder für mehr Stabilität der Preise sorgen. Wir werden mit den Steuergeldern wieder haushalten und auf größte Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit achten.

Zur Sicherung der Arbeitsplätze und der Zukunft unseres Landes werden wir die Ertragskraft der Unternehmen stärken und damit die Investitionskraft und die Investitionsbereitschaft der Unternehmen fördern.

3. Wir werden die Arbeitslosigkeit beseitigen und Maßnahmen ergreifen, durch die die vorhandenen Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden.

Dazu sind erforderlich:

☐ die Förderung von Investitionen durch steuerliche Hilfen, stabilitätsgerechte Lohnabschlüsse und vermögensbildende Maßnahmen für den einzelnen. Wir wissen: Die Investitionen von heute sind die Arbeitsplätze von morgen und damit die entscheidende Voraussetzung für einen hohen Beschäftigungsstand und eine langfristig gesicherte Vollbeschäftigung;

☐ die Sicherung unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit durch stabile Preise, damit die von uns hergestellten Güter auch weiterhin im Ausland verkauft werden können.

4. Wir werden die öffentlichen Mittel gezielt und sparsam einsetzen. Die Ausgaben des Staates müssen der Leistungskraft unserer Wirtschaft angepaßt werden. Der Anteil des Staates an den von allen Bürgern erwirtschafteten Gütern und Dienstleistungen darf nicht weiter erhöht werden. Wir werden uns um die Rückführung der Staatsquote auf ein erträgliches Maß bemühen. Wir lehnen eine Sozialisierung der Arbeitseinkommen nachdrücklich ab.

5. Wir werden ungerechtfertigte Subventionen abbauen und auch im Bereich staatlicher Tätigkeit Grundsätze der Marktwirtschaft verwirklichen. Wir werden dafür sorgen, daß Bundesbahn und Bundespost wirtschaftlicher geführt werden. Zugleich werden wir durch regionalpolitische Maßnahmen die strukturell schwachen und verkehrsfernen Gebiete fördern.

Wir wollen, daß alle Bürger am Wiederaufschwung unserer Wirtschaft teilhaben.

1. Durch die dauerhafte Sicherung des Wiederaufschwungs nehmen wir den Bürgern ihre Sorge vor Kurzarbeit und Arbeitsplatzverlust. Arbeit ist nicht nur Einkommensquelle, sie gehört zur Selbstverwirklichung des Menschen. Dies gilt besonders für den behinderten Menschen. Lohn- und Gehaltserhöhungen dürfen nicht länger durch Geldentwertung sowie steigende Steuer- und Abgabenbelastungen aufgezehrt werden. Die Leistung des einzelnen soll sich wieder lohnen. Die Leistungsbereitschaft unserer Bürger und die gerechte Entlohnung sind eine solide Grundlage für die Wiedergesundung unserer Wirtschaft. Wir werden dazu beitragen, daß die Mitwirkung und Mitverantwortung der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz gestärkt und die Arbeitsplätze weiter humanisiert werden.

2. Wir wollen den mündigen Verbraucher. Wir treten dafür ein, daß die Verbraucher ihre Interessen im Rahmen unserer freiheitlichen Sozialen Marktwirtschaft künftig noch besser wahrnehmen können. Wir werden deshalb die Übersichtlichkeit des Marktes verbessern, die Informationen für den Verbraucher ausbauen und den Wettbewerb der Anbieter fördern. Die Werbung leistet hierzu einen wichtigen Beitrag. Durch gezielte Maßnahmen werden wir die Verbraucher vor unlauteren Geschäftspraktiken schützen. Wir unterstützen die Arbeit der Verbraucherverbände.

3. Die Sparer dürfen durch die Geldentwertung nicht länger enteignet werden. Jeder Sparer hat in den letzten Jahren einen Großteil seines ersparten Geldes

Wirtschaftliche Sicherheit für alle

verloren. Die Ersparnisse des Bürgers müssen ihren Wert behalten. Vermögen kann nur breit gestreut werden, wenn der Wert des Geldes erhalten bleibt. Nur so kann der einzelne seinen wirtschaftlichen Wohlstand mehren und für seine Zukunft vorsorgen. Wir erreichen dieses Ziel durch Preisstabilität und Wirtschaftswachstum. Um die Unabhängigkeit und Sicherheit des einzelnen weiter auszubauen, werden wir für breite Schichten der Bevölkerung die Bildung privaten Eigentums nachhaltig fördern. Wir wollen Eigentum für jeden. Jeder Arbeitnehmer muß am Wachstum und Ertrag der Wirtschaft teilhaben. Wir wollen jedoch keine anonymen Vermögensmassen, über die nicht von Eigentümern, sondern von Funktionären verfügt wird. Wir werden die rechtlichen Voraussetzungen für eine Beteiligung der Arbeitnehmer am Gewinn und am Produktivvermögen der Unternehmen schaffen, so daß sie durch Tarifvertrag oder tarifliche Vereinbarung geordnet werden kann. Wir setzen uns für die weitere Privatisierung von Bundesunternehmen ein. Den Erwerb von Eigenheimen und von Wohnungseigentum werden wir fördern.

Für den Mittelstand wollen wir Beteiligungsgesellschaften fördern. Wir werden die vielfältigen steuerrechtlichen und sozialversicherungsrechtlichen Hindernisse beim Erwerb und Besitz von Beteiligungswerten durch Arbeitnehmer beseitigen.

4. Wir werden die mittelständischen Unternehmen in Handwerk, Gewerbe und Handel fördern, damit möglichst viele Bürger selbständig und in einem überschaubaren Arbeits- und Lebensbereich tätig sein können. Die mittelständische Wirtschaft bietet die größte Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen und gewährleistet die bürgernahe Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen. Ziel unserer Politik ist deshalb, die Leistungsfähigkeit der mittelständischen Unternehmen zu stärken, ihre Chancengleichheit am Markt zu sichern, die Beschaffung von Beteiligungskapital zu erleichtern, steuerliche Benachteiligungen abzubauen und eine ausgewogene marktgerechte Struktur von Klein-, Mittel- und Großunternehmen zu gewährleisten.

5. Die wirtschaftliche Grundlage von land-, forst- und ernährungswirtschaftlichen Betrieben muß gesichert sein. Wir sind der Überzeugung, daß unsere freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung eine leistungs- und wettbewerbsfähige Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft braucht. Die bäuerlich strukturierte Landwirtschaft mit Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetrieben ist eine entscheidende Voraussetzung für die Leistungsfähigkeit ländlicher Räume. Wir werden den wichtigen Aufgaben, die die Land- und Forstwirtschaft bei der Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ

hochwertigen Nahrungsmitteln, bei der Sicherung einer ausreichenden Eigenversorgung sowie bei der Besiedlung, Erhaltung und Pflege der Landschaft und dem Schutz der Umwelt erfüllt, größere Anerkennung verschaffen. Die Sicherung der Vielzahl und Vielfalt land- und forstwirtschaftlicher Betriebe mit den Mitteln der Markt- und Preispolitik im Rahmen der europäischen Agrarpolitik und einer modernen Strukturpolitik, die jede Gängelung ausschließt, ist uns Gewähr für eine breite Streuung von Eigentum.

Menschen, die in der Land- und Forstwirtschaft keine ausreichende wirtschaftliche Sicherheit mehr finden, werden wir den Zugang zu anderen Berufen durch Schaffung weiterer Arbeitsplätze auf dem Lande erleichtern.

Die Union schafft durch die dauerhafte Sicherung des wirtschaftlichen Aufschwungs die Voraussetzung für die soziale Sicherheit des einzelnen in der solidarischen Gemeinschaft. Die Union hat in ihrer Regierungszeit das soziale Netz in unserem Land eng geknüpft. Mit der sozialen Sicherheit schuf sie die Grundlage für persönliche Freiheit. Die Union garantiert soziale Sicherheit.

1. Der Anspruch auf Rente ist für die meisten Bürger die entscheidende Grundlage ihrer sozialen Sicherheit. Wir werden dafür sorgen, daß dieser Anspruch nicht angetastet wird. Wer in seinem Arbeitsleben einkommensgerechte Beiträge eingezahlt hat, muß später auch eine entsprechende Rente erhalten. Wir werden die Vorarbeiten für eine Neuregelung des Rentenrechts entsprechend dem verfassungsgerichtlichen Auftrag der Gleichbehandlung der Geschlechter im Rentenrecht unverzüglich aufnehmen. Die Partnerrente ist dafür eine denkbare Möglichkeit. Der erste Schritt könnte eine Änderung des geltenden Rechts sein, der die Teilung der Rente auf Grund gegenseitigen Einvernehmens ermöglicht.

2. Die gerechte Versorgung von Kriegs- und Wehrdienststopfern bleibt für uns eine vordringliche Aufgabe. Sie müssen auch künftig an der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben. Die Leistungen für Kriegs- und Wehrdienststopfer müssen fortgeführt werden. Das gleiche gilt für die Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler.

Sie alle haben Anspruch auf unsere solidarische Hilfe, damit das Werk der Eingliederung seinen harmonischen Abschluß finden kann.

**Für größere
soziale Sicherheit**

3. Soziale Dienste ermöglichen die Betreuung und Pflege kranker, behinderter und alter Menschen in der ihnen vertrauten Umgebung. Wir werden diese beispielhafte Form mitmenschlicher Hilfe fördern und weiter ausbauen. Soziale Dienste erweitern die Möglichkeiten der Selbsthilfe.

4. Wir wollen, daß alle Bürger in Stadt und Land die bestmögliche medizinische Versorgung erhalten. Die Vorsorge des einzelnen für seine Gesundheit und die freie Arzt- und Krankenhauswahl sind tragende Grundsätze unseres Gesundheitswesens. Die freie Arztwahl ist Voraussetzung für ein ungestörtes Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient.

Wir werden alle geeigneten und zumutbaren Maßnahmen treffen mit dem Ziel, die Kosten für unser Gesundheitswesen und damit die Beitragshöhe für die Versicherten innerhalb wirtschaftlich vernünftiger und finanziell vertretbarer Grenzen zu halten.

Mit dieser Politik werden wir Frieden und Fortschritt, Freiheit und Sicherheit, Wohlstand und soziale Gerechtigkeit verwirklichen. Die SPD/FDP hat abgewirtschaftet. Sie hat uns alle durch ihre verfehlte Politik in Gefahr gebracht. Am 3. Oktober 1976 können die Bürger die Wende herbeiführen. Gemeinsam wollen wir in eine bessere Zukunft aufbrechen: sicher, sozial und frei.